

Nachrichten 7. 05 . 2008

Radio Stimme des Widerstands

Mehr als 100 Verletzte bei Erdbeben im Iran

Teheran (AP) Bei einem Erdbeben im Westiran sind am Donnerstag mehr als 100 Menschen verletzt worden. Der Erdstoß mit der relativ geringen Stärke 4,7 habe drei Ortschaften in der Provinz Lorestan erschüttert, meldete das staatliche Fernsehen. Allein in Borudscherd, 350 Kilometer südwestlich von Teheran, wurden mindestens 70 Bewohner verletzt.

Polizeidirektor in der Stadt Ivan-Gharb im Westen Irans

In den frühen Morgenstunden am Sonntag, 27. April, wurden mehr als 40 Jugendliche verhaftet und ins Gefängnis gebracht um die Demonstration in Keim ersticken zu können. Zwei Spezialdelegierte wurden ebenfalls in die Stadt gesandt - einer vom Obersten Nationalen Sicherheitsrat des Regimes und der andere vom Komitee des Majilis für Sicherheitsangelegenheiten. Sie wurden angewiesen den Protest zu unterdrücken und Wege zu finden, mit der angespannten Lage in der Stadt umzugehen.

Qanbari, Majilis Vertreter der Provinz Ilam, erkannte die von den Regierungstruppen begangenen Verbrechen an und sagte:” Die Regierungstruppen eröffneten das Feuer auf die Menschen ohne jegliche vorherige Warnung. Es sind drei Teenager; 12, 16 und 17 Jahre alt, unter den Toten, was zeigt, dass die Regierungstruppen wahllos in die Menge geschossen haben.”

EU setzt iranische Bank auf schwarze Liste

Die Europäische Union hat die iranische Bank Melli auf eine schwarze Liste gesetzt. Das berichtet die „Jerusalem Post“ in einer als exklusiv bezeichneten Meldung. Das größte iranische Bankhaus würde demnach innerhalb der EU boykottiert.

Flüchtlinge ertrunken: UN-Behörde erhebt Vorwürfe gegen Türkei - Ein Iraner unter den Opfern.

Die UN-Flüchtlingsbehörde macht die Türkei für den Tod von vier Flüchtlingen verantwortlich, die in einem Fluss an der türkisch-irakischen Grenze ertrunken sind.

Türkische Grenzpolizisten sollen 18 Menschen daraufhin zu einer abgelegenen Stelle gebracht und gezwungen haben, durch einen Fluss, der hier die Grenze zum Irak bildet, ans irakische Ufer zu schwimmen. Vier Flüchtlinge, drei Syrer und ein Iraner, seien in den reißenden Fluten ertrunken, erklärte die UN-Flüchtlingsbehörde unter Berufung auf Augenzeugen.

Die "Mafia" der Kritiker

In einer Rede in der Stadt Qom hatte Ahmadinedschad vorige Woche zum ersten Mal unverblümt von einer "Mafia" gesprochen, die seine Politik mit Korruption und anderen Machenschaften torpediere und die Entwicklung des Landes behindere. Ahmadinedschad nannte keine Namen. In der Bevölkerung aber gilt es als ausgemacht, dass er damit in erster Linie die Gruppe um Akbar Hashemi Rafsanchani, den mächtigen Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses und Mohsen Rezaei meinte.

Chamenei: Iran wird Atomprogramm trotz Drohungen fortsetzen

Teheran (AFP) - Ungeachtet internationaler Bemühungen um neue Atomverhandlungen will der Iran sein Nuklearprogramm fortsetzen und auf keinen Fall geht auf das Angebot des Westens ein! Das geistliche Oberhaupt des Iran, Ayatollah Chamenei, sagte dem staatlichen Rundfunk zufolge, das iranische Volk werde vor Drohungen nicht zurückweichen. Ohne direkt auf ein Angebot der fünf Veto-Mächte im UN-Sicherheitsrat und Deutschlands einzugehen, mit dem die Atomverhandlungen wiederbelebt werden sollen, sagte der Ayatollah in einer Rede in der südiranischen Provinz Fars: "Wir werden unseren Weg mit Entschlossenheit fortsetzen und den Unterdrückermächten nicht erlauben, unsere Rechte mit Füßen zu treten."

Gas Deal muss aufgelöst werden!

Israel verlangt von der Schweiz, den Gas-Vertrag mit Iran rückgängig zu machen. Das sagt der Botschafter Israels, Ilan Elger in der Schweiz

«Die Schweiz hat den Damm gebrochen und den Iran im Westen salonfähig gemacht», so der Vorwurf des Botschafters an die Adresse von Aussenministerin Micheline Calmy-Rey.

Die Nicht-Einladung Calmy-Reys an die Konferenz zum 60-Jahr-Jubiläum Israels sei «keine Strafe». Die Beziehungen zwischen beiden Ländern seien aber durch den Gas-Deal von einer «sehr dunklen Wolke überschattet».

Der Präsident des Jüdischen Weltkongresses (WJC), Ronald Lauder, hat die Schweiz auch aufgefordert, den milliardenschweren Gasvertrag mit dem Iran wieder aufzulösen.

Bagdad wirft Iran Einmischung vor

Die Anschuldigung wiegt schwer: Die irakische Regierung wirft Teheran vor, sich in irakische Angelegenheiten einzumischen. Zugleich berichtet Bagdad von iranischen Waffen, die im großen Stil in den Irak geschmuggelt würden. Dafür gebe es konkrete Beweise, so ein Regierungssprecher.

Bagdad/Washington - Die Erklärungen aus Bagdad sind deutlich: Der irakische Regierungssprecher Ali al-Dabbagh sagte nach einem Bericht der US-Zeitung "Washington Post", während der am 25. März begonnenen Offensive in der südirakischen Stadt Basra seien Waffen aus iranischer Produktion gefunden worden. Dafür gebe es konkrete Beweise. Nun müsse die irakische Regierung feststellen, wer die Waffen geschickt hat, sagte der Regierungssprecher.

Obama vergleicht Clinton mit Bush

Der demokratische Präsidentschaftsbewerber Barack Obama hat die Iran-Äußerungen seiner innerparteilichen Konkurrentin Hillary Clinton mit der Ausdrucksweise von Amtsinhaber George W. Bush verglichen. Obama kritisierte die Drohungen als "Poltern und Säbelrasseln". "Das ist nicht die Sprache, die wir jetzt brauchen", sagte der Senator.

Hinrichtungen im Iran

Vier Gefangene in Qum gehängt. Das Mullah-Regime im Iran hat im Zentralgefängnis der „heiligen“ Stadt Qum zwei Gefangene gehängt. Bereits am 27. April berichtete Fars von zwei ebenfalls in der zentralen Stadt Qum erhängten Gefangenen Laut den staatlichen Medien wurden in den vergangenen zehn Tagen neun Gefangene gehängt.

Staatssicherheitskräfte übt auf das Volk Druck aus.

Die Dauer und Härte der Razzia findet kein vergleichbares Beispiel in den letzten Jahren des iranischen Regimes. Transporter der Moralpolizei sind in Teherans Hauptstraßen immer noch ein gewohnter Anblick mit den Beamten, die die vorübergehenden Frauen überwachen.

Frauen, deren Kleidung als nicht angemessen erachtet wird, werden üblicherweise in Moralgefängnisse verschleppt, um eine bereits geschriebene Erklärung zu unterzeichnen, dass sie diese Straftat nicht wiederholen, und auf Familienangehörige zu warten, die ihnen bescheidenere Kleidung bringen.

Indien rollt für Irans Präsidenten den roten Teppich aus

Neu Delhi rollte den roten Teppich für den Staatsmann aus, dessen Land US-Präsident Georg W. Bush als "tödliche Bedrohung" für Amerika bezeichnet hat. Der sechsstündige Stopp-over von Ahmadinejad hatte schon zuvor für arge Verstimmung zwischen Washington und Neu-Delhi gesorgt. Die Amerikaner hatten Indien gewarnt, den iranischen Staatschef zu empfangen.

Bushs Iran-Problem

Britische Sonntagszeitung: USA planen »chirurgische Schläge« gegen Teheran
Die US-Streitkräfte arbeiten an Plänen für einen »chirurgischen Schlag« gegen ein Ausbildungslager für irakische Milizen im Iran. Das berichtete am gestrigen Sonntag die Sunday Times unter Berufung auf anonyme, nicht näher bezeichnete Quellen. Das neokonservativ ausgerichtete Blatt hatte in der Vergangenheit schon mehrfach Gerüchte über bevorstehende Militäroperationen gegen Iran in die Welt gesetzt.

Vier Gefangene sterben wegen fehlender medizinischer Behandlung

In den letzten Tagen haben mindestens vier Gefangene ihr Leben verloren, weil sie im Dasgerd Gefängnis in der im Inneren Irans gelegenen Stadt Isfahan keine geeignete medizinische Behandlung erhielten.

Am Freitag starb der 35jährige Ahmad Masali im Gefängnis, nachdem er zwei Tage lang unter ernst zu nehmenden Schmerzen gelitten hatte. Die Gefängniswärter hatten seine Bitte nach einer Verlegung in die Gefängnisklinik abgelehnt.

Morad Borak (48) verlor sein Leben im Block vier des Gefängnisses, indem er seit März gefangen gehalten wurde. Er starb nach einem zwei wöchigen Hungerstreiks, mit dem er gegen seine Folterung durch die Gefängniswärter protestierte. Die Staatlichen Sicherheitskräfte (SSF) - die Unterdrückungspolizei der Mullahs - haben ihn gefoltert, damit er seine Verwicklung in den Rauschgifthandel zugibt.

Peitschenhiebe Erneut Frauenrechtlerin im Iran verurteilt

Nahid Jafari wurde wegen der versuchten Störung der öffentlichen Ordnung für schuldig befunden. Dafür soll sie nicht die nationale Sicherheit gefährdet haben.

Erneut ist im Iran eine Frauenrechtlerin bestraft worden: Wegen versuchter Störung der öffentlichen Ordnung verurteilte das Revolutionsgericht in Teheran Nahid Jafari zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten sowie zehn Peitschenhieben auf Bewährung, wie der Anwalt der Frauenrechtlerin, Zohreh Arzani, der Tageszeitung "Etemad" vom Mittwoch mitteilte. Allerdings sei seine Mandantin vom Vorwurf freigesprochen worden, Befehle der Polizei nicht befolgt und die nationale Sicherheit gefährdet zu haben.